



Neu-Köllnisch

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

LINKES INFORMATIONSDISKUSSIONSBLATT · MÄRZ/APRIL 2016

Rassisten stoppen!



Irmgard Wurdack beim Protest gegen eine rassistische Hetzkundgebung der NPD am 20. Februar in Britz-Süd.

„Soziale Gerechtigkeit können wir nur gemeinsam erkämpfen. Die Grenzen verlaufen nicht zwischen Religionen oder Nationen, sondern zwischen oben und unten. Auch in Neukölln.“

Wohnungsnot, Hungerlöhne, Bildungsmisere gab es schon vor der Ankunft von Geflüchteten. Doch sind die Regierenden nicht bereit, für ausreichend preiswerte Wohnungen für alle zu sorgen und sich mit den Immobilienspekulanten und Baukonzernen anzulegen“, meint Irmgard Wurdack.

Lesen Sie Ihren Beitrag auf Seite 3.

Senat contra Bürgerbeteiligung

SPD und CDU sind seit Regierungsbeginn auf Kurs gegen direkte Bürgerbeteiligung. Das ohnehin bestehende Ungleichgewicht zwischen etablierter Politik und Initiativen von unten soll weiter verstärkt werden. Ausbau statt Abbau direkter Demokratie ist hingegen notwendig und möglich.

Lesen Sie Seite 4.

MUF an Stelle von Wagenburg?

Mehr als 150 Menschen demonstrieren vor dem Rathaus Neukölln anlässlich der BVV-Sitzung Solidarität mit dem Alternativen Wohnprojekt auf dem Wagenplatz an der Kiefholzstraße. Sie protestieren gegen die drohende Räumung und zugleich gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Massenlagern.

Lesen Sie Seite 6.

Dringend: Gegen Wohnungsleerstand vorgehen!

Trotz Wohnungsmangel stehen ganze Häuser in Neukölln leer. Oft sind sie seit Jahren vernachlässigt, entmietet, Scheinbaustellen oder Investitionsruinen. Es darf keine stillschweigende Duldung seit Jahren bekannter Leerstände geben.

Lesen Sie Seite 7.

Feinripp statt Feinstaub

Auf Gesundheitsgefährdungen durch Abgase hat das Netzwerk Fahrradfreundliches Neukölln mit einer Aktion aufmerksam gemacht. Regelmäßig werden Grenzwertüberschreitungen von Feinstaub und Stickstoffdioxid von der Messstation gegenüber dem Neuköllner Rathaus ermittelt.

Lesen Sie Seite 8.



Ex-Piraten jetzt bei der LINKEN

Der Piratenfraktion in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung gehören keine Mitglieder der gleichnamigen Partei mehr an. Sie sind dort allesamt ausgetreten. Zwei von ihnen gehören seit Januar zur Partei DIE LINKE. Bis zum Ende der Wahlperiode werden sie aber ihre Arbeit in der Piratenfraktion fortsetzen. Unser Bild: Thomas Licher, Steffen Burger, Moritz Wittler und Anne Helm (von links).

Öffentlichkeit unerwünscht!

Politisch Verantwortliche müssten mit Geflüchteten sprechen, anstatt nur über sie, meint Marina Reichenbach.

Dass Geflüchtete in den als Notunterkünften genutzten Sport- und Gewerbehallen und überfüllten Hangars im ehemaligen Flughafen Tempelhof nicht menschenwürdig leben können, ist nicht neu. Kritik daran scheint auch in Neukölln unerwünscht.

Nachdem ich im Bündnis Neukölln darüber informiert habe, dass der Integrationsausschuss öffentlich in der Notunterkunft für Geflüchtete im ehemaligen C&A-Gebäude in der Karl-Marx-Straße tagte und zur Teilnahme aufrief, schloss der Ausschuss die Öffentlichkeit aus - angeblich um die Privatsphäre der Geflüchteten zu schützen.

Ich habe mich davon nicht abschrecken lassen und war trotzdem dabei. Schnell wurde klar, dass die Begründung für den Ausschluss der Öffentlichkeit vorgeschoben war, denn Geflüchtete haben wir kaum angetroffen: Nach einem Vortrag des Betreibers mit anschließender Fragerunde wurden wir durch die überwiegend noch unbewohnten Teile des Gebäudes geführt, die demnächst saniert und eingerichtet werden sollen. Als ein Ausschuss-

mitglied nachfragte, ob die lauten Geräusche der Lüftungs- und Heizungsanlage nach dem Umbau bestehen bleiben würden, fielen diese dem Betreiber zum ersten Mal überhaupt auf. Auch sonst schwärmte der Betreiber in höchsten Tönen von der Unterkunft, was angesichts von bis zu acht Personen in einem 25 qm-Zimmer, wenig Tageslicht und stickiger Luft nicht nachvollziehbar ist. Darüber hinaus nervte mich, dass der Betreiber, der ja für die Versorgung der dort lebenden Geflüchteten verantwortlich ist, die Menschen als „theatralisch“ beschrieb, sobald ein Arzt in die Unterkunft käme. Kann so jemand die gesundheitliche Versorgung gewährleisten?

Ich meine, dass das Bündnis Neukölln und andere zivilgesellschaftlichen Akteure bei Ausschusssitzungen, Anwohner/-innenversammlungen und Begehungen von (Not-)Unterkünften eingeladen statt ausgeladen werden sollte. Sonst bleibt der Eindruck, dass Transparenz und Kritik unerwünscht sind. Außerdem müssten die politisch Verantwortlichen endlich mit den Geflüchteten selbst sprechen, anstatt immer nur über sie.

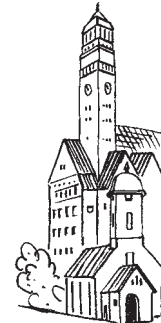
Geflüchtete und Mieterprobleme

DIE LINKE bringt wichtige Themen in die Bezirksverordnetenversammlung.

In den letzten Monaten fand kaum eine Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung ohne Aktionen engagierter Neuköllner/-innen vor dem Rathaus statt. Im Februar nahmen mehr als 150 Menschen an einer Solidaritätskundgebung für das Alternative Wohnprojekt in der Kieffholzstraße teil.

Die „großen“ Fragen der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen werden zunehmend auch in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln debattiert. Sei es die Lage von Geflüchteten, die Wohnungs- und Mietenproblematik oder der schlechte Zustand der öffentlichen Infrastruktur.

Hier ein paar Beispiele aus den letzten BVV-Sitzungen: Im Dezember beschloss die BVV die Resolution „Neukölln sagt NEIN zu TTIP“. Im Januar brachte DIE LINKE eine Entschließung ein, in der die Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus aufgefordert werden, die vom Senat geplante Änderung des „Tempelhof-Gesetzes“ abzulehnen, das eindeutige Wählervotum zu respektieren und keine Massenunterkunft für Geflüchtete auf dem Tempelhofer Feld zu schaffen. Grüne und Piraten schlossen sich an, aber gegen SPD und CDU war keine Mehrheit möglich. Das Thema menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten im ehemaligen C&A-Kaufhaus wurde von Steffen Burger angesprochen. Das Bezirksamt befand die Unterbringung auf drei Quadratmetern pro



Aus dem
Neuköllner
Rathaus

Vignette: Franz Zauleck

Mensch (acht Personen auf 25 qm) als ausreichend.

Mietensteigerungen, soziale Verdrängung und Wohnungsleerstand sind immer wieder heftig diskutierte Themen. Gegen die Stimmen der Union wurden die „Genehmigungskriterien für den Milieuschutz“ verabschiedet, um die Rahmenbedingungen für weitere Milieuschutzgebiete in Neukölln festzulegen. Am Beispiel der „Boddinstraße 5“ hatte Marlis Fuhrmann für die LINKE den Leerstand von Wohnungen aufgezeigt und vom Bezirksamt gefordert, dass endlich aktiv gegen den Leerstand in Neukölln vorgegangen wird. DIE LINKE beantragte für die Heidelberger Straße 15-18 eine befristete Vermietung.

Für den 4. Mai bereiten LINKE, Grüne und Piraten einen gemeinsamen Frühlingsempfang vor. Beginn wird um 18.30 Uhr sein unter dem Motto: „Flüchtlinge willkommen - gegen rechten Populismus“. Zuvor wird beim „Tag der Offenen Tür“ am 23. April im Rathaus Neukölln von 10 bis 16 Uhr auch bei der Fraktion DIE LINKE „die Tür offen stehen“. RO



Foto: Ronald Rosstock

In letzter Zeit häufiger: Protestaktionen vor dem Rathaus Neukölln.

Soziale Gerechtigkeit können wir nur gemeinsam erkämpfen



Irmgard Wurdack protestiert auf der Bürgerversammlung am 21. Januar im Abfertigungsgebäude des ehemaligen Flughafens gegen die Senatspläne zum Tempelhofer Feld.

Foto: KDH

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen Religionen oder Nationen, sondern zwischen oben und unten. Auch in Neukölln, meint Irmgard Wurdack.

In Neukölln leben Menschen aus über 160 Nationen. Im Norden Neuköllns haben vier von fünf Kindern und Jugendlichen einen Migrationshintergrund.

Die Vielfalt an Sprachen, Kulturen, Weltanschauungen und Religionen ist eine Bereicherung und Chance für unseren Bezirk. Die Voraussetzung dafür ist aber, dass alle Menschen am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können und die gleichen Rechte haben – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung.

Rassismus ist auch in Neukölln Teil des Alltags

Hierzulande entscheiden immer noch die Herkunft und der Geldbeutel der Eltern über den Beruf und die Bildungschancen eines Menschen. Mangelnde Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung, Rassismus im Alltag und Ghettoisierung behindern eine gleichberechtigte Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zusätzlich. Auch in Neukölln sind Zuwanderer bis in die dritte, vierte Generation überdurchschnittlich

von Erwerbslosigkeit und Armut betroffen.

Besonders betroffen sind Menschen, die wegen der katastrophalen sozialen Auswirkungen der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik aus den krisengebeutelten süd- und osteuropäischen EU-Ländern nach Neukölln gekommen sind. Häufig nutzen hiesige Vermieter und Arbeitgeber ihre Lage schamlos aus.

Rassismus spaltet und verschleiert die wahren Ursachen sozialer Probleme

Neben vielen hilfsbereiten Neuköllnern/-innen gibt es auch hier Kräfte, die soziale Missstände ausnutzen, um nationalistische und rassistische Parolen zu verbreiten. Neben der NPD hetzt vor allem die AfD gegen Menschen mit tatsächlichem oder vermutetem Migrationshintergrund, und insbesondere gegen Muslime und Geflüchtete. Mit rassistischen Vorurteilen schüren sie Ängste, die die wirklichen Probleme verschleiern und von deren Ursachen ablenken sollen.

Getragen durch Äußerungen von Teilen der Medien und führenden Politiker verschiedener Parteien

versuchen sie, die Bevölkerung nach Religion und Herkunft zu spalten und Menschen mit vermeintlichem oder tatsächlichem Migrationshintergrund zu Sündenböcken zu stempeln.

Berlin für Alle

Wohnungsnot, Hungerlöhne, Bildungsmisere gab es schon vor der Ankunft von Geflüchteten. Doch sind die Regierenden nicht bereit, für ausreichend preiswerte Wohnungen für alle zu sorgen und sich mit den Immobilienspekulanten und Baukonzernen anzulegen. Der Senat ist eher bereit, sich gegen die mehr als 739.000 Berlinerinnen und Berliner zu stellen, die 2014 beim Volksentscheid für ein Bauverbot auf dem Tempelhofer Feld gestimmt haben. Und er ghettoisiert lieber tausende Geflüchtete unter

katastrophalen Bedingungen als beispielsweise leerstehende Bundesimmobilien zu ertüchtigen, die die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben dem Land Berlin kostenlos(!) als Unterkünfte für Flüchtlinge angeboten hat.

Den Kampf für angemessen bezahlte Arbeit, für sozialen Wohnungsbau und die Beschlagnahme spekulativen Leerstands, für soziale Gerechtigkeit und Frieden für alle Menschen können wir nur gemeinsam gewinnen. Eine Bebauung des Tempelhofer Felds lehnen wir ebenso ab wie rassistische Sondergesetze wie das Kopftuchverbot für muslimische Frauen und das menschenunwürdige Massenlager im Tempelhofer Flughafen. Auch Geflüchtete müssen selbstbestimmt und ab dem ersten Tag Wohnungen mieten können.

KARNEVAL DER GEFLÜCHTETEN

20. März 2016

12 Uhr Start am Platz der Luftbrücke

**Demonstration zum
Globalen Aktionstag
gegen Rassismus**





Foto: KD/H

Podiumsdiskussion mit Heinz Hillebrand, Pascal Meiser, Lucia Schnell und Harald Wolf (von links).

Rot-Rot-(Grün) eine Perspektive für Berlin?

Über eine mögliche Regierungsbeteiligung der LINKEN nach der Septemberwahl diskutierten Ende Februar Mitglieder der LINKEN und Interessierte auf Einladung der Bezirksverbände Charlottenburg-Wilmersdorf, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg sowie Neukölln.

Während es aus Sicht von Ex-Senator Harald Wolf ideal wäre, wenn die LINKE die Frage einer Regierungsbeteiligung auf Grundlage der Inhalte entscheidet,

überwog bei den meisten Diskutierenden Skepsis. Negative Erfahrungen aus zehn Jahren Rot-Rot sitzen tief.

Am selben Abend wurde eine Infratest-dimap Umfrage bekannt, nach der SPD und CDU vor allem im Westen Berlins an Boden verlieren – hier büßt die Koalition insgesamt sieben Prozent ein. Im Westteil der Hauptstadt wird DIE LINKE nach dieser Umfrage derzeit bei 12 Prozent gemessen, das sind vier Prozent mehr als zuletzt. Berlinweit sind es 16 Prozent für DIE LINKE.

SPD und CDU auf Kurs gegen Bürgerbeteiligung

Die Initiativen der direkten Demokratie sind in Berlin zu einem nicht mehr wegzudenkenden Bestandteil der Stadtpolitik geworden.

Seitdem im Jahr 2006 die damalige rot-rote Koalition die entsprechenden Instrumente auf Landes- und Bezirksebene ausgebaut und die Hürden deutlich abgesenkt hat, machen die Berlinerinnen und Berliner davon regen Gebrauch. Ob beim Thema Wasserprivatisierung, beim Energie-Volksbegehren, beim Gesetz über das Tempelhofer Feld oder beim Mietenvolksentscheid – nicht alle Initiativen waren erfolgreich, aber alle haben etwas bewirkt und die Stadt verändert. Und zwar in der Regel gegen die Politik der Regierungsparteien.

Senat legt direkter Demokratie Steine in den Weg

Bei SPD und CDU ist die Haltung dazu klar: Sie sind seit Regierungsbeginn auf Kurs gegen direkte Bürgerbeteiligung. In der laufenden Legislaturperiode hat der Senat nichts unversucht gelassen, um direkter De-

mokratie Steine in den Weg zu legen – so durch die willkürliche Festlegung von Abstimmungsterminen, die illegale Instrumentalisierung von öffentlichen Unternehmen für Werbekampagnen bei „100% Tempelhof“ oder durch die Aushebelung des bezirklichen Bürgerbegehrens gegen die Bebauung der Buckower Felder durch die Verlagerung der Zuständigkeit auf die Landesebene. Das durch Volksentscheid beschlossene Gesetz gegen die Bebauung des Tempelhofer Feldes wurde kurzerhand wieder geändert, um dort menschenunwürdige Massenunterkünfte für Flüchtlinge zu bauen.

Senat will Steuermittel für Werbekampagnen gegen Volksbegehren

Damit nicht genug. Nun sollen auch noch die Spielregeln bei Volksbegehren verschlechtert werden. Die Koalition hat einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem die Anforderungen für die Unterschriftensammlung verschärft werden sollen. Daneben ist die Möglichkeit für Senat und Abgeordnetenhaus vorgesehen, mit Steuermitteln Werbekampagnen gegen Volksbegeh-

ren durchzuführen. Nach scharfem Protest von Bürgerinitiativen und Opposition musste die Koalition bei der Unterschriftensammlung einlenken. Bleiben soll aber die Regelung zur Öffentlichkeitsarbeit. Das ohnehin bestehende Ungleichgewicht zwischen etablierter Politik und Initiativen von unten wird so weiter verstärkt.

Ausbau statt Abbau direkter Demokratie notwendig

Aufgabe für die Zukunft wird es nun sein, diesen Trend wieder umzukehren. Warum nicht über weitere Verbesserungen nachdenken? Die Unterschriften-Hürden könnten auf Bezirks- und Landesebene weiter abgesenkt werden, das Zustimmungsquorum beim Volksentscheid entfallen. Ein Einspruchsreferendum könnte eingeführt werden, mit dem die Bürgerinnen und Bürger ein vom Parlament beschlossenes Gesetz verhindern können. Ideen und Konzepte gibt es genug.

Niklas Schrader
ist Mitglied des Bezirksvorstands
DIE LINKE.Neukölln

Gemeinsam TTIP + CETA stoppen!

Die Bewegung gegen TTIP und CETA, die sogenannten Freihandelsabkommen der EU mit den USA bzw. Kanada, geht in die nächste Runde.

Eine Viertelmillion Menschen haben in Berlin am 10. Oktober 2015 demonstriert – die größte Demonstration seit langem, in einem der breitesten Bündnisse seit langem. Über drei Millionen Menschen haben europaweit die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA unterschrieben – sie haben sich von der arroganten Ablehnung durch die Kommission nicht beirren lassen. Auch die Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln hat eine Resolution beschlossen: „Neukölln sagt Nein zu TTIP!“

Aber TTIP und CETA sind noch längst nicht verhindert. Auf einer Konferenz Ende Februar wurde eine Vielfalt von Aktionen beraten, lokal und regional, zu speziellen Themen und Berufsgruppen. Jetzt gilt es, diese Aktionen mit Leben zu erfüllen und gemeinsam zum Erfolg zu führen. Insbesondere wird unterstützt:

- die überregionale Demonstration in Hannover am 23. April anlässlich des Treffens von Präsident Obama und Bundeskanzlerin Merkel bei der Hannover-Messe,
- Zivilgesellschaftliche Lobbyaktionen an Parteien und Parlamente, insbesondere der europaweiten Kampagne der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative,
- Aktionen auf kommunaler Ebene wie z.B. Kommunale TTIP-freie Zonen,
- dezentrale große Demonstrationen im Herbst in mehreren Städten,
- den internationalen Aktionstag zu TTIP und CETA am 5. November,
- einen großen Kongress über Alternativen in der Wirtschafts- und Handelspolitik Ende 2016 / Anfang 2017.

Zusammenstehen gegen Armutslöhne und Personalmangel

Beim Krankenhaus-Konzern Vivantes wehren sich die Beschäftigten gemeinsam.



12 Stunden Wartezeit auf der Rettungsstelle – das ist inzwischen normal im Vivantes-Klinikum. Die Beschäftigten tun ihr Bestes, aber es ist einfach zu wenig Personal da.

Bundesweit fehlen 162.000 Stellen an Krankenhäusern. Bei Vivantes haben in einer Umfrage der Gewerkschaft ver.di 80 Prozent der Beschäftigten gesagt, dass die Patienten/-innen nur noch unzureichend versorgt werden können. Hintergrund des Personalmangels ist die Sparpolitik des Senats und das System der Krankenhaus-Finanzierung. Die Bezahlung von Leistungen nach „Fallpauschalen“ hat seit 2004 dazu geführt, dass nur noch der Profit zählt.

Auch bei den Arbeitsbedingungen wird gespart ohne Ende. So hat Vivantes 14 Tochterfirmen gegründet, um den Tarifvertrag TVöD aus-

zuhebeln und die Löhne abzusenkten („Neu-Köllnisch“ berichtete im November 2015). Angefangen wurde in Bereichen wie Labor, Reinigung und Sterilisation, die als „patientenfern“ gelten. Dabei blieb der Senat als alleiniger Eigentümer aber nicht stehen. Seit 2015 sind auch die Beschäftigten in den therapeutischen Diensten betroffen. Neu eingestellte Physio- oder Ergotherapeuten/-innen bekommen jetzt über 600 Euro brutto weniger als Kollegen/-innen beim Mutterkonzern, die noch nach TVöD bezahlt werden. Nach 15 Jahren sind es sogar 1080 Euro weniger.

Unter dem Motto „Zusammenstehen“ organisiert die Gewerkschaft ver.di Proteste und Arbeitskämpfe gegen diese Zustände. Gefordert wird: TVöD für alle! Auflösung der Tochtergesellschaften und Übernahme der Beschäftigten in die Mut-

tergesellschaft! Mehr Personal durch einen Tarifvertrag zur Entlastung!

Die Kollegen/-innen bei den therapeutischen Diensten kämpfen seit über einem Jahr für die Wiedereingliederung der Tochtergesellschaft. Vertreter/-innen der Betroffenen haben in einem Gespräch mit Finanzsenator Kollatz-Ahnen appelliert, die Entscheidung zur Ausgründung wieder zurückzunehmen. Der SPD-Politiker meinte, er würde „nach Lösungswegen suchen“ und „das Gespräch gerne in diesem Sinne fortsetzen“. Allerdings würden die Haushaltslage und die kommende Schuldenbremse seine Spielräume einschränken.

Am 22. Februar haben Tarifverhandlungen bei der Service GmbH begonnen (siehe Interview). Im April wird es bundesweit zu Warnstreiks kommen, um Lohnerhöhungen für die Beschäftigten, die nach TVöD bezahlt werden, zu erreichen.

DIE LINKE steht an der Seite all dieser Kollegen/-innen, um den Senat noch stärker unter Druck zu setzen. Denn die Forderungen der Gewerkschaft ver.di sind nicht nur im Interesse der Beschäftigten, sondern auch von allen (potentiellen) Patienten/-innen. Eine gute Gesundheitsversorgung ist nur mit guten Arbeitsbedingungen zu haben. Die Sparpolitik muss dafür endlich beendet werden.

Christoph Wälz



„Die Streikbereitschaft ist groß“

Interview mit Tarkan Barutcu, ver.di-Tarifkommission bei der Service GmbH

Ver.di verhandelt mit Vivantes gerade über einen Tarifvertrag für die Beschäftigten der Service GmbH. Worum geht es?

Tarkan Barutcu: Mittlerweile arbeiten bei Vivantes in ganz Berlin fast 1.000 Beschäftigte für die Service GmbH. Diese Tochterfirma wurde ausgegliedert, um nicht mehr nach dem Tarifvertrag TVöD bezahlen zu müssen. Die 150 Kolleginnen und Kollegen in der Sterilisation sind besonders betroffen. Für sie gilt gar kein Tarifvertrag. Neu Eingestellte bekommen dort 1.800 Euro brutto. Die Zuschläge und die Betriebsrente, die zum TVöD gehören, fehlen völlig. Ver.di will für alle Beschäftigten der Service GmbH den TVöD durchsetzen. Wenn wir schon die Ausgliederung nicht verhindern konnten, dann

muss wenigstens für alle der gleiche Tarifvertrag gelten.

Welche Auswirkungen hätte ein Arbeitskampf?

Tarkan Barutcu: Wenn die Zentral-Sterilisationen in Neukölln, Friedrichshain und Spandau streiken, dann können wir nach zwei Tagen alle Operationen bei Vivantes lahmlegen. Aber auch in anderen Bereichen der Service GmbH, wie Patienten-Begleitservice, Logistik und Facility, ist die Streikbereitschaft groß, auch wenn für viele dort noch der TVöD gilt. Sie fühlen sich betrogen wegen des Übergangs in die Service GmbH. Der Arbeitgeber will einen Streik natürlich verhindern, weil er die großen Auswirkungen fürchtet. Er bietet den Steri-Beschäftigten

Bonbons an. Aber das wird nicht reichen. Denn die Geschäftsleitung sagt ganz klar, dass sie sich den TVöD, den wir wollen, nicht leisten kann.

Welche Bedeutung hat für dich das Motto „Zusammenstehen“?

Tarkan Barutcu: Uns tut nicht in erster Linie das Geld weh, sondern der Personalmangel. Darunter leiden wir alle, besonders in der Pflege. In der Tarifrunde für den TVöD können wir gemeinsam streiken, Krankenschwestern und Facility-Arbeiter. Die Charité hat es vorgemacht, dass auch Schwestern streiken können. Wenn wir die ganze Station schließen, dann haben keine Patienten Nachteile davon. Die Tarifrunde nehmen wir mit, aber dann müssen wir weitergehen.



Tarkan Barutcu

Foto: Privat

Wir brauchen einen Tarifvertrag für mehr Personal, der wirklich Entlastung bringt.

Tarkan Barutcu (36) ist Arbeiter im Patienten-Begleitservice am Vivantes-Klinikum Neukölln.



Protestaktion vor dem Neuköllner Rathaus am 24. Februar.

Solidarität mit dem Alternativen Wohnprojekt an der Kiefholzstraße

„Was unternimmt das Bezirksamt Neukölln, damit das Alternative Wohnprojekt an der Kiefholzstraße eine Vertragsverlängerung mit der BIM (Berliner Immobilienmanagement GmbH) erhält und nicht geräumt wird?“

Das fragte Marlis Fuhrmann für die Fraktion DIE LINKE in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung am 24. Februar. Bezirksbürgermeisterin Franziska Giffey erklärte sich als nicht zuständig, bot aber angesichts der breiten Solidarität mit dem Wohnprojekt eine Gesprächsrunde an.

Mehr als 150 Menschen demonstrierten vor dem Rathaus Neukölln für den Erhalt des Alternativen Wohnprojekts und gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Massenlagern. Am Tag zuvor hatte der Senat seine Standortliste für „Modularbauten als Unterkünfte für Flüchtlinge“ (MUF) veröffentlicht. Das Gelände wurde aus einer Liste von diversen Grundstücken im Landesbesitz ausgesucht. Aber es ist das einzige, das derzeit bewohnt ist. „Die Vermutung liegt nahe, dass hier erneut die „Flüchtlingskrise“ dazu benutzt werden soll, ungeliebte Projekte zu vertreiben und so über den Rücken geflüchteter Men-

schen Interessen des Senats durchzusetzen“, erklärte die Neuköllner LINKE.

Das Wohn- und Kulturprojekt „Queer Wagenplatz Kanal e.V.“ setzt sich seit 26 Jahren für ein gemeinsames, gleichberechtigtes und soziales Miteinander, unabhängig von Geschlecht, Sexualität, Herkunft und Zugehörigkeit ein. Es ist offen für lesbische, schwule und transgeschlechtliche Migranten und Flüchtlinge.

2010 wurde das Projekt im Zuge der Mediaspreebebauung von der Michaelkirchstraße an die Kiefholzstraße 74 verlegt und bekam dort einen Mietvertrag. In einem angebotenen Folgevertrag fügte die Berliner Immobilienmanagement GmbH die Klausel hinzu, nach der Aufenthalt von Geflüchten ohne Aufenthaltsstatus unter Androhung der fristlosen Kündigung untersagt sei. Diese Klausel wurde vom Wagenplatz Kanal e.V. abgelehnt. Seither wird das Projekt „geduldet“.

Der Bezirksvorstand DIE LINKE Neukölln unterstützt die Forderung nach weiterer Duldung des alternativen Wohnprojekts. Ein Informationsflyer kann unter www.die-linke-neukoelln.de gelesen und heruntergeladen werden.

Fluchtorte jüdischer Verfolgter

Der erste Teil der fotografischen Spurensuche nach Versteckorten, in denen von den Nazis verfolgten Juden Zuflucht fanden, stieß in der Neuköllner Galerie Olga Benario auf reges Interesse.

Zwei Dokfilme und eine Buchvorstellung schließen nun die Begleitveranstaltungen ab. „Gold-

schmidts Kinder. Überleben in Hitlers Schatten“ (17.3.) und „Überleben im Versteck - Jüdische Kinder und ihre Retter“ (24.3.) sowie am 25.3. die Lesung „Und doch gefällt mir das Leben - die Briefe der Clara Grunwald 1941 bis 1943“.

Beginn jeweils um 19.30 Uhr in der Richardstraße 104, 12043 Berlin.



Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE. Neukölln

Am Sonnabend, 16. April 2016, wollen die Neuköllner LINKEN auf einer ganztägigen Mitgliederversammlung das „Neukölln-Programm“ beschließen, die Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirksverordnetenversammlung und die Neuköllner Wahlkreise aufstellen.

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen. DIE LINKE, Wipperstraße 6

BO Hermannstraße

Die Basisorganisation Hermannstraße umfasst das Gebiet zwischen Hasenheide, Karl-Marx-Str./Buschkrugallee, Teltowkanal bis zur Bezirksgrenze zu Tempelhof und Kreuzberg. Selbstverständlich sind auch Menschen eingeladen, die nicht in diesem Gebiet wohnen.

Die BO trifft sich an jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 19 Uhr in den Räumen der Neuköllner LINKEN, Wipperstraße 6, 12055 Berlin.

BO Rixdorf

Die Basisorganisation Rixdorf ist eine regionale Untergliederung des Bezirksverbandes der LINKEN in Neukölln und umfasst das Gebiet zwischen der Grenze zu Treptow im Norden, dem Teltowkanal im Osten, der Karl-Marx-Straße (einschließlich) im Süden und der Fuldastraße (einschließlich) im Westen.

Die BO trifft sich zweiwöchentlich jeweils dienstags um 19 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin,

BO Reuterkiez

Die Basisorganisation Reuterkiez engagiert sich gegen wachsende Armut im Kiez und für Kampagnen wie gesetzlichen Mindestlohn, Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes und bessere Ausbildungschancen für Jugendliche. Um für soziale und friedenspolitische Themen mehr Akzeptanz und Unterstützung im Bezirk zu gewinnen, organisiert die BO regelmäßig Info-Stände. Die BO Reuterkiez trifft sich jeden zweiten und vierten Montag im Monat jeweils von 18 bis 20 Uhr im „Verein iranischer Flüchtlinge“, Reuterstraße 52 (unweit U-Bhf. Hermannplatz).

DIE LINKE. Neukölln:
alle Termine
www.die-linke-neukoelln.de

BO 44

„44“ steht für die Bezeichnung des früheren Postzustellbezirks des nördlichen Neukölln und zeigt, dass wir uns auch mit der konkreten Situation in unserem Bezirk beschäftigen wollen. Gentrifizierung und Verdrängung etwa, das Zusammenleben in den Neuköllner Kiezen, die Bedeutung antirassistischen Engagements, aber auch die gefährliche Zunahme neofaschistischer Aktivitäten in Neukölln sind einige dieser Themen. Die Termine findet ihr auf der Internetseite www.die-linke-neukoelln.de/politik/termine.

AG Antifaschismus/ Antirassismus

Die Arbeitsgruppe Antifaschismus/ Antirassismus (AntiFaRa) im Bezirksverband DIE LINKE. Neukölln trifft sich, um Aktionen vorzubereiten, zum Beispiel für die Mobilisierung zu Blockaden gegen Aufmärsche von Neonazis. Mitglieder der Arbeitsgruppe sind in verschiedenen antifaschistischen und antirassistischen Bündnissen in Neukölln aktiv. Kontakt: irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

AG Hartz IV

Der Arbeitskreis Hartz IV (AG) ist eine Arbeitsgemeinschaft des Bezirksverbandes der LINKEN in Neukölln. Die AG trifft sich an jedem zweiten Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin - nahe S- und U-Bhf. Neukölln.

Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an (siehe Seite 7).

BVV-Fraktion DIE LINKE.

Bürozeiten: Montag von 16 bis 20 Uhr und Freitag von 10 bis 14 Uhr
Telefon: 030 / 90239-2003
Rathaus Neukölln, Raum A 307

Öffentliche Fraktionssitzungen

DIE LINKE in der BVV Neukölln
14.3.2016 um 17.30 Uhr
Rathaus Neukölln, Raum A 307

Tag der Offenen Tür im Rathaus Neukölln unter Beteiligung der Fraktion DIE LINKE
23.4.2016 von 10 bis 16 Uhr

Weitere Termine, wie Infostände und Aktionen, im Internet:
www.die-linke-neukoelln.de oder bei Facebook: DIE LINKE. Neukölln

Linkes Neukölln-Programm

Alle Interessierten sind herzlich zur Diskussion eingeladen.
Den Arbeitsentwurf als pdf-Datei findet ihr hier:
www.die-linke-neukoelln.de



Foto: KDH

Bezahlbare Wohnungen statt Leerstand und spekulativer Neubau

Viele Fragen über Strategien für günstigen Wohnraum wurden Anfang Januar im Rathaus Neukölln aufgeworfen und diskutiert.

Die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung hatte Caren Lay, wohnungspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, und den Pankower Wohnungspolitiker Michail Nelken zum Gespräch mit Aktiven aus Mieterinitiativen und -organisationen sowie Interessierten eingeladen. Hier einige Fragen: Sozialer Wohnungsbau, wie soll er nach schlechten Erfahrungen in Berlin künftig gestaltet werden? Ist die Mietpreisbremse mehr als als eine Fahrradbremse an einem LKW? Welche Chancen und Grenzen hat Milieuschutz in den Wohnquartieren? Wie kann Wohnungsleerstand aufgespürt und Spekulation bekämpft werden? Wohnungsneubau ist von Wohnungswirtschaft und Senat angekündigt, aber welche Wohnungen werden wirklich benötigt? Wie kann der Anteil der Wohnungen in öffentlicher Hand erhöht werden? Soll das Land Berlin mehr Belegungsrechte aufkaufen?

Helen N. von den Emserianern: „Früher wollte keiner hier wohnen – heute wollen alle hier kaufen!“

Wir haben uns vor einem Jahr als Mieterinitiative gegründet, weil in der Emser Straße zunehmend Geschäfte verschwanden und Häuser verkauft wurden. Wie überall in Berlin. Und wir wollen rechtzeitig dagegenhalten. Im Prenzlauer Berg hatte in manchen Kiezen ja ein halbes Jahr gereicht, um eine Szene völlig zu verändern. Nun sieht man hier die Welle anrollen: Hippe Kneipen sind schon da. Den massenweisen Müll auf den Straßen ignorierend wird die Gegend entsprechend beworben und hohe Mieten werden verlangt. Wir wohnen teilweise schon lange hier und fürchten die Vertreibung.

Zugleich stehen Emser Str./Ecke Altenbraker Str. in einem großen Haus bestimmt 15 Wohnungen, sowie alle Geschäfte seit geschätzten fünf Jahren leer. Wir haben zum Thema Leerstand der BVV Neukölln eine Einwohnerfrage gestellt und eine Liste von weiteren leerstehenden Häusern vorgelegt. Man fühlt sich dort als Störfaktor. Es gibt auch hier keine Bereitschaft der Politik in die Eigentumsrechte einzelner zum Wohle aller einzugreifen. Wir brauchen mehr Öffentlichkeit und Unterstützung!“

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zur Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratung findet statt an jedem zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle DIE LINKE. Neukölln in der Wipperstraße 6, 12055 Berlin (S- und U-Bhf Neukölln).

Kontakt und Terminvereinbarung: Doris Hammer, 0176/97896139 oder doris.hammer@die-linke-neukoelln.de

Alle wollen bauen – zuerst gegen Leerstand vorgehen

Trotz Wohnungsmangel stehen ganze Häuser in Neukölln leer. Oft sind sie seit Jahren vernachlässigt, entmietet, Scheinbaustellen oder Investitionsruinen.

Am auffälligsten und jetzt im Fokus der Medien ist das große Eckhaus Hasenheide 119 am Hermannplatz – mit Vorder- und Hinterhäusern. Es gilt inzwischen in Teilen als einsturzgefährdet und wurde kürzlich verkauft.

In der Bezirksverordnetenversammlung hat DIE LINKE wiederholt auf solche Häuser aufmerksam gemacht. Dem SPD-Baustadtrat galt dies nicht als offizielle Meldung sondern als unser privates Hobby. So viel Ignoranz muss politische Konsequenzen haben.

Keine Duldung von Leerstand

Es darf keine stillschweigende Duldung seit Jahren bekannter Leerstände geben. Wo das Bezirksamt vorübergehenden Leerstand genehmigt, wie bei konkreten Bauvorhaben, muss der Baufortschritt überprüft werden. Es darf auch keine „Kettengenehmigungen“ für Immobilienhaie geben, die sich verzockt haben. Und statt ein Mietshaus instand zusetzen eine unbewohnbare Ruine hinterlassen.

Vernachlässigung und spekulativer Leerstand als Vorstufen zum Abriss preisgünstiger Wohnungen müssen verhindert werden. Sie sind keine Legitimation für den Neubau teurer Eigentumswohnungen!

Spätestens seit der Einführung des Zweckentfremungsverbotsgesetzes im Mai 2014 müsste das Bezirksamt verstärkt gegen den Leerstand von Wohnungen tätig werden.

Auf der offiziellen Website des Bezirksamtes findet sich unter dem Stichwort „Zweckentfremdung von Wohnraum“ bisher nur wie Leerstand durch Ausnahmegenehmigungen legalisiert werden kann. Auf Betreiben der Opposition ist man großzügigerweise bereit eine Vereinfachung der Anzeige von Leerstand hinzuzufügen. Bearbeitet wird bisher nur ein geringer Teil.

Restriktive Maßnahmen gegen spekulativem Leerstand wie das Beschlagnahmen nach dem ASOK (Allgem. Sicherheits- u. Ordnungsgesetz § 16 und § 38) lehnt das Bezirksamt anders als in Friedrichshain-Kreuzberg rundweg ab.

Leerstandsübersicht erstellen

Eine Übersicht der Leerstände im Bezirk gibt es nicht. Beim aktuellen Wohnungsmangel braucht Neukölln einen umfassenden vom Bezirksamt geführten Leerstandsmelder. Er soll nicht nur die freien Sozialwohnungen erfassen, die genehmigten Leerstände oder Zweckentfremdungen wie Ferienwohnungen. Erfasst und verfolgt gehören alle von Bürgern aufgezeigten illegalen Leerstände. Personalmangel darf keine Ausrede sein.

Bürger sollten also weiterhin – möglichst detaillierte – Meldungen schreiben an das Wohnungsamt @bezirksamt-neukoelln.de.

Leerstand beenden – Wohnungen schaffen

Ziel ist es, die Häuser und Wohnungen wieder zu vermieten. Um Druck aufzubauen überlegen berlinweit mietenpolitische Initiativen einen gemeinsamen Leerstandsmelder. Auch in Neukölln werden entsprechende Listen zusammengeführt. Und es wird überlegt einen Neuköllner Einwohnerantrag oder Bürgerbegehren „Leerstand beenden – Wohnungen schaffen“ durchzuführen. Zu den Forderungen gehören auch Einweisungen und Beschlagnahmungen. DIE LINKE trägt diese Forderungen mit.

Darüber hinaus muss eine weitere Forderung der Erwerb von gescheiterten Bauprojekten durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften oder Genossenschaften sein. So könnte südlich des Mariendorfer Weges ein Referenzobjekt für kostengünstiges soziales Bauen und Wohnen entstehen.

*Marlis Fuhrmann
ist wohnungspolitische Sprecherin
der Neuköllner LINKEN*

Neu-Köllnisch

März/April 2016

Neu-Köllnisch wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE.

Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 3.000

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE.Neukölln

Wipperstraße 6, 12055 Berlin,

Tel./Fax: 030-6135919

Bankverbindung:

DIE LINKE.Neukölln,

Berliner Bank

IBAN: DE16100708480525607801

Redaktionsschluss: 3.3.2016

Beiträge für die nächste Ausgabe

bitte bis zum 18.4.2016

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

2/2016



Foto: Tony Pohl

Allein an der Messstelle am Rathaus Neukölln wurden im Januar die EU-Jahresmittelgrenzwerte der Feinstaubbelastung bereits an 5 Tagen überstiegen.

Feinripp statt Feinstaub

Fahrradfreundliches Neukölln: Aktion gegen Luftverschmutzung

Wer kürzlich am Neuköllner Rathaus vorbeikam hatte allen Grund zur Verwunderung.

In weiße Maleranzüge gehüllte Gestalten, die an die Figuren aus den Ghostbusters-Filmen erinnern, fuhren auf ihren Fahrrädern dem stockenden Vormittagsverkehr auf der Karl-Marx-Straße hinterher und saugten mit transportablen Staubsaugern die Abgase der Fahrzeugkolonne auf. Im Hintergrund auf dem Platz vor dem Rathaus hielten mit Atemmasken geschützte Aktivisten Feinstaub und Stickstoffblasen in die Luft.

Hintergrund dieser Aktion sind die regelmäßigen Grenzwertüberschreitungen von Feinstaub und Stickstoffdioxiden, die von der Messstation gegenüber dem Rathaus ermittelt werden. Mit dem Motto „Husten, wir haben ein Problem!“ hat das Netzwerk Fahrradfreundliches Neukölln zusammen mit weiteren Initiativen auf die von den Abgasen ausgehenden Gesundheitsgefährdungen aufmerksam gemacht.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Benzinabgase als potentiell krebserregend ein. Bei Dieselabgasen geht sie inzwischen von einem direkten Zusammenhang mit der Entstehung von Krebs aus. Niederländische Wissenschaftler haben festgestellt, dass Feinstaub die Lebenserwartung von Radfahrern herabsenkt. Aber nicht nur Radfahrer sind betroffen. Bei älteren Menschen und Kinder liegt die Wahrscheinlichkeit hoch, infolge der Abgase Atemwegserkrankungen auszubilden. Auch Herzinfarkte werden auf die städtische Luftverschmutzung zurückgeführt. Insgesamt rechnen Experten mit 25.000 Todesfällen pro Jahr aufgrund von Feinstaub.

Auf ihrer Website wirbt das Netzwerk für die Einrichtung von Tempo-30-Zonen, einer verstärkten Parkraumbewirtschaftung und den Ausbau sicherer Fahrradwege. Dadurch könne die Feinstaubbelastung direkt reduziert werden. Zudem würden so mehr und mehr Autofahrer auf das umwelt- und

gesundheitsfördernde Rad umsteigen.

Mit ihren Forderungen ist das Neuköllner Netzwerk nicht allein. Ein berlinweiter Zusammenschluss bereitet derzeit einen Volksentscheid für eine fahrradfreundliche Infrastruktur in der Hauptstadt vor. Ende März will das Team vom Volksentscheid Fahrrad seinen umfangreichen Gesetzesentwurf vorlegen. Anfang Mai soll es dann mit dem Unterschriften-Sammeln losgehen.

Tony Pohl

Das Letzte ...



Foto: Schnappschuss

Neuköllns CDU-Kreischef Falko Liecke hat sich per Autoaufkleber schon mal zum Bezirksbürgermeister 2016 „befördert“. Wer's braucht ...

Krieg ist Terror!

Damit muss Schluss sein!

Berliner Ostermarsch 2016
Sonnabend
26. März
Auftakt 12 Uhr
Hermannplatz
Abschluss
Oranienplatz

www.frikoberlin.de

Wie schaffen wir eine starke Bewegung gegen den Krieg?

Das ist eine zentrale Frage der Friedens- und entspannungspolitischen Konferenz, zu der von der LINKEN am 18. und 19. März eingeladen wurde (FMP1, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin).

Einzelheiten: www.die-linke.de/politik/aktionen/friedens-und-entspannungspolitische-konferenz/

Mach mit! Informieren, diskutieren, mit den LINKEN aktiv werden!

Wenn Du im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte siehst, dann kämpfe mit der Partei DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit, für den demokratischen Sozialismus.

Kontakt: DIE LINKE.Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin

oder direkt bei Lucia Schnell, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0176 24158769, lucia.schnell@die-linke-neukoelln.de

oder Moritz Wittler, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0172 1604907, moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de

Neu-Köllnisch · März/April 2016

www.die-linke-neukoelln.de

DIE LINKE.Berlin-Neukölln

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE. werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon: